

Jürgen Kocka

Kapitalismus und Demokratie

Der historische Befund*

Im Folgenden geht es um das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie aus historischer Perspektive, genauer um die Frage, ob und in welchen Hinsichten Kapitalismus und Demokratie vereinbar sind, sich gegenseitig behindern oder gegenseitig stärken. Dabei interessiert mehr die Bedeutung des Kapitalismus für die Demokratie als die Bedeutung der Demokratie für den Kapitalismus, obwohl beides zusammenhängt.

Das Thema ist kontrovers. Auf der einen Seite beschrieb zum Beispiel der Ökonom und Nobelpreisträger Gary Becker den Kapitalismus als das effektivste System, um Wohlstand wie Freiheit und damit auch freiheitliche Demokratie zu befördern. Der Politikwissenschaftler Robert Dahl machte darauf aufmerksam, dass moderne demokratische Institutionen bisher nur in Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung existiert haben. Er hielt den Kapitalismus für eine notwendige, wenn auch nicht für eine hinreichende Bedingung von Demokratie. Auf der anderen Seite finden sich pessimistische Einschätzungen. Sie überwiegen derzeit, jedenfalls in den deutschsprachigen Diskussionen. Claus Offe sieht nur noch »Schwundstufen« der Demokratie, über »postdemokratische Zustände« klagt Colin Crouch, und nach Wolfgang Streeck haben lediglich demokratische »Fassaden« überlebt. Als wichtige Ursache des schlechten Zustands der Demokratie heute gilt diesen Autoren der Kapitalismus, besonders der gegenwärtige Finanzkapitalismus. Er habe die Ungleichheit der Einkommen und der politischen Beteiligungschancen verschärft, Parlamente entmündigt und die Substanz der Demokratie beschädigt.¹ Das sind gegensätzliche Positionen, wer hat mehr recht? Viel hängt von der Definition der Begriffe ab.

Ich verstehe Kapitalismus als eine Form des Wirtschaftens mit sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen und Folgen. Im Kapitalismus verfügen erstens die wirtschaftlichen Akteure über Eigentumsrechte, die sie befähigen, die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen autonom und dezentral zu treffen und deren Folgen – Erfolge wie Misserfolge – sich zuzurechnen. Im Kapitalismus werden zweitens die wirtschaftlichen Akteure durch Märkte mobilisiert und koordiniert, also über Wettbewerb und Preise, durch Kauf und Verkauf von Waren. Das »Zur-Ware-werden«, die Kommodifizierung ist kenn-

* Überarbeitete Fassung des öffentlichen Abendvortrags auf dem Workshop des Archivs für Sozialgeschichte über »Sozialgeschichte des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert« am 15.10.2015 in Bonn. Der Text basiert auf einem Teil von *Jürgen Kocka/Wolfgang Merkel*, Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch, in: *Wolfgang Merkel* (Hrsg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden 2015, S. 307–337, führt jedoch darüber hinaus und akzentuiert anders. Vgl. auch *Jürgen Kocka*, Capitalism is Not Democratic and Democracy Not Capitalistic. Tensions and Opportunities in Historical Perspective, Florence 2015.

¹ Vgl. *Gary S. Becker/Guilty N. Becker*, The Economics of Life, New York 1997, S. 241–268; *Robert A. Dahl*, On Democracy, New Haven/London 2000, S. 166–179; *Milton Friedman*, Capitalism and Freedom, Chicago 1962. – Auf der anderen Seite *Claus Offe*, Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 138; *Colin Crouch*, Post-Democracy, Cambridge 2004; *Wolfgang Streeck*, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013. Differenziert kritisch: *Wolfgang Merkel*, Is Capitalism Compatible with Democracy?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 8, 2014, S. 109–128; dazu der Kommentar von *Wolfgang Streeck*, in: ebd. 9, 2015, S. 49–60.

zeichnend für den Kapitalismus. Dazu gehört auch die Kommodifizierung der Arbeit, zu- meist und in langfristiger Tendenz als Lohnarbeit, mit den daraus resultierenden asymmetrischen Abhängigkeits-, ungleichen Verteilungs- und häufigen Spannungsverhältnissen. Kapital ist drittens grundlegend für Kapitalismus, also die Investition von Vermögen in der Gegenwart, mit dem Ziel, höhere Erträge in der Zukunft zu erreichen. Das impliziert das Streben nach Vergrößerung, Bereicherung, Verbesserung, Innovation, aber auch den Umgang mit Unsicherheit und Risiko. Der Zeitfaktor ist kennzeichnend: ein spezifisches Verhältnis zwischen Entscheidungen in der Gegenwart und Erwartungen für die Zukunft. Wandel und Wachstum sind dem Kapitalismus als Normalität eingeschrieben, allerdings unregelmäßig, im konjunkturellen Auf und Ab, nicht selten erschüttert von Krisen.²

Unter Demokratie verstehe ich eine politische Ordnung, in der Macht und Regierung vom Volk ausgehen und in der dieses – entweder unmittelbar oder durch die Auswahl von Repräsentanten – an allen Entscheidungen, die die Allgemeinheit verbindlich betreffen, beteiligt ist. Die Regierung geht in Demokratien durch Wahlen aus dem Volk hervor. Ich habe freiheitliche Demokratien im Blick. Typische Merkmale sind freie Wahlen, Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz, die Legitimität von Pluralismus und die Akzeptanz politischer Opposition, Verfassungsmäßigkeit und Schutz der Grundrechte sowie Rechtsstaatlichkeit. Auch eine freie politische Öffentlichkeit gehört dazu. Zu den Merkmalen von Demokratie gehört aber auch die Gewährleistung prinzipiell gleicher Chancen für alle mündigen Subjekte zur Teilnahme an den Angelegenheiten des Gemeinwesens und damit ein Minimum an ökonomischer und sozialer Wohlfahrt für alle sowie Fairness bei der Verteilung von Grundgütern und Lebenschancen.³

I. KAPITALISMUS UND DEMOKRATISIERUNG IM 19. JAHRHUNDERT

Es gab Kapitalismus lange vor der Demokratie: vor allem als Kaufmannskapitalismus in vielen Weltgegenden seit vielen Jahrhunderten; als Agrar- und als Finanzkapitalismus in Europa seit dem Mittelalter; und als Plantagenkapitalismus meist mit unfreier Arbeit in den europäischen Kolonien seit dem 16./17. Jahrhundert.⁴ Im Folgenden aber geht es um das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, also um die Moderne und die Gegenwart. So notwendig es ist, den Blick auf andere Länder und Weltteile zu richten, so gut lässt sich eine gewisse Konzentration auf deutsche Erfahrungen begründen. Denn in Deutschland wurde der Kapitalismus relativ früh zum dominanten System, nämlich mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts. Und die Deutschen haben in den letzten zwei Jahrhunderten unter sehr unterschiedlichen politischen Systemen gelebt. Das bietet reiches Anschauungsmaterial.

Blicken wir auf das »lange 19. Jahrhundert«, das Historikerinnen und Historiker oft schon im späten 18. Jahrhundert beginnen und erst im frühen 20. Jahrhundert enden lassen. Das 19. Jahrhundert ist für die hier zu diskutierende Thematik in mehrfacher Hinsicht interessant. *Zum einen* entstand das Substantiv »Kapitalismus« erst im 19. Jahrhundert,

2 Ausführliche Begriffsdiskussion bei Jürgen Kocka, *Geschichte des Kapitalismus*, München 2013, S. 9–23, insb. S. 20f. Zuletzt für einen engeren Begriff: Johannes Berger, *Die kapitalistische Wirtschaftsordnung im Spiegel der Kritik*, in: Andrea Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*, 2., aktual. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 523–550.

3 Unterschiedliche Demokratiekonzepte werden diskutiert in: Wolfgang Merkel, *Die Herausforderungen der Demokratie*, in: ders., *Demokratie und Krise*, S. 7–42, hier: S. 9–21; grundsätzlich: David Beetham, *Democracy and Human Rights*, Cambridge 1999, S. 50–66.

4 Überblicke in Kocka, *Geschichte des Kapitalismus*, Kap. II und III; Larry Neal/Jeffrey G. Williamson (Hrsg.), *The Cambridge History of Capitalism*, 2 Bde., Cambridge/New York etc. 2014.

und zwar in seiner zweiten Hälfte: zunächst als polemischer Begriff der Kapitalismuskritik, dann aber auch bald als zentraler Analysebegriff der Sozialwissenschaften, wobei sich deutsche Autoren besonders hervortaten, beispielsweise Werner Sombart, Max Weber und – in marxistischer Tradition – Rudolf Hilferding. *Zweitens* setzte sich im 19. Jahrhundert in Europa, Amerika und ansatzweise auch in Ostasien der Kapitalismus als Industriekapitalismus durch, mit Maschinerisierung, Fabrikssystem und massenhafter Lohnarbeit. Aber das lange 19. Jahrhundert war *drittens* in Europa und Amerika auch das Jahrhundert der ungleichmäßig fortschreitenden Demokratisierung: mit Höhepunkten in den Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, in den 1860er- und 1870er-Jahren, im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach, mit großen Rückschlägen zum Beispiel 1848/49 und immer wieder, in mannigfachen Kämpfen, gegen starke Widerstände und mit großen Unterschieden zwischen Ländern und Regionen.⁵

Was hielten die Kapitalisten des 19. Jahrhunderts von der Demokratie? Typischerweise setzten sich Kapitalisten, Unternehmer und Manager zwar für gemäßigt liberale Verfassungsreformen und repräsentative Regierungsformen mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit ein. Viel seltener sprachen sie sich dagegen für das allgemeine Wahlrecht und andere Formen der unterschiedenen Demokratisierung aus. Im Gegenteil, je weiter diese voranschritt, desto häufiger befand sich die Bourgeoisie auf der Seite der Warner, Bremser und Gegner. Die Spannungen zwischen kapitalistischen Interessen einerseits und Demokratisierung andererseits waren erheblich, und insgesamt wuchsen sie. Trotzdem setzten sich der Kapitalismus als dominantes Wirtschaftssystem und Fortschritte auf dem Weg der Demokratisierung, aufs Ganze gesehen, ungefähr gleichzeitig durch, beides verlief zumindest parallel. Wie lässt sich das erklären?

Zum einen erwies sich schon hier die eklatante Fähigkeit des Kapitalismus, unter unterschiedlichen Politikverhältnissen zu reüssieren; darauf bleibt zurückzukommen. Zum anderen trug seine wühlende, alles Alte immer neu infrage stellende Dynamik zur nachhaltigen Erosion älterer, zum Beispiel feudaler und patriarchalischer Ungleichheiten und Kontrollen bei.⁶ Bei der Aushöhlung und Schwächung *herkömmlicher* Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse waren kapitalistische Dynamik und demokratische Emanzipation mithin tatsächlich verbündet. Man könnte es beispielsweise an der Emanzipation der Handwerksgehlen aus der Hausgewalt ihrer Meister, an der Bedeutung außerhäuslicher, marktbezogener Erwerbsarbeit für die Selbstbestimmungsansprüche der Frauen verschiedener Schichten und an der Relativierung überkommener Standesprivilegien durch den Aufstieg neuer leistungs- und erfolgsbezogener Statuskriterien zeigen. Vor allem aber führten die kapitalistische Industrialisierung und die sie begleitenden sozialen und kulturellen Veränderungen – Urbanisierung, Lebensstandardverbesserung, Konsum, Kommunikation und Verallgemeinerung von Bildung – dazu, dass breite Bevölkerungsteile in Bewegung gerieten, ihre Erwartungen steigerten und ihre Ansprüche zu formulieren lernten. Der sich ausbreitende Industriekapitalismus erfasste große Teile der Bevölkerung, ließ

5 Zur Geschichte des Begriffs: *Jürgen Kocka*, Capitalism. The History of the Concept, in: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Bd. 3, 2., erw. Aufl., Amsterdam 2015, S. 105–110; globalgeschichtliche Überblicke zu Industrialisierung und Demokratisierung im 19. Jahrhundert: *Jürgen Osterhammel*, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, S. 848–867 und 909–957.

6 Klassisch formuliert von Karl Marx und Friedrich Engels 1847: »Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen [...]. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.« Manifest der Kommunistischen Partei, hier zitiert nach: *Karl Marx*, Die Frühschriften, hrsg. v. *Siegfried Landshut*, Stuttgart 1953, S. 526f. und 528f.

eine qualifizierte, selbstbewusste und zunehmend fordernde Arbeiterklasse entstehen und trug damit nolens volens zur Stärkung sozialer und politischer Bewegungen bei, die die sich vergrößernde sozialökonomische Ungleichheit kritisierten, mehr Lebenschancen einforderten und sich für radikale Demokratisierung einsetzten: der Kapitalismus als Förderer der Demokratisierung wider Willen.⁷ Schließlich sei darauf aufmerksam gemacht, dass zum Kapitalismus und den ihn mitkonstituierenden Eigentumsrechten nicht staatlicher Akteure eine strukturelle Machtteilung zwischen Markt und Staat, zwischen ökonomischen und politischen Ressourcen gehört, also ein Stück Macht- oder Gewaltenteilung im grundsätzlichen Sinn, die als Voraussetzung von Freiheit und Demokratie, von *limited government*, kaum überschätzt werden kann. Auch darauf wird zurückzukommen sein.

II. KAPITALISMUS UND DIKTATUREN

Im Kontrast dazu ist die Geschichte der Diktaturen des 20. Jahrhunderts besonders interessant. Die entschiedene Beseitigung des Kapitalismus in der Sowjetunion nach 1917 und nach 1945 in Osteuropa unter sowjetischer Hegemonie hat bekanntlich die Demokratie nicht gestärkt, sondern zum Abbau beziehungsweise zur Verhinderung von Demokratie ganz grundlegend beigetragen – ein Musterbeispiel für eine gewisse Affinität zwischen Kapitalismus und Demokratie e contrario, unter der Bedingung ihrer gemeinsamen Verhinderung.

Komplizierter ist der Befund aus der Entstehungs- und Gewaltgeschichte der faschistischen Diktaturen Europas. Zum Aufstieg und Sieg der Hitler-Diktatur trug die große Krise des Kapitalismus seit 1929 erheblich bei: mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, ihren Verlusten, Deklassierungen und Leiden. Die Menschen machten den Staat, die Demokratie dafür verantwortlich, deren Akzeptanz darunter litt. Aufstieg und Sieg der nationalsozialistischen Diktatur wurden durch kapitalistische Führungsgruppen und Teile der Bourgeoisie maßgeblich befördert, und zwar in der Abwehr konsequenterer Demokratisierung und aus Furcht vor revolutionären Herausforderungen von links. Ein Teil von ihnen wurde zu Steigbügelhaltern der Diktatur und zu sympathisierenden Befürwortern der Vernichtung freiheitlicher Demokratie.

Die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 zeigt überdies, dass der Kapitalismus – jedenfalls einige seiner Teile und Prinzipien – auch unter extrem diktatorischen Bedingungen und in enger Kooperation mit Diktatoren floriieren kann.

Zweifellos griffen die nationalsozialistischen Machthaber tief in die Eigentumsrechte der Marktakteure ein, bis hin zur partiellen, entschädigungslosen, Verfassung und Recht verletzenden Enteignung eines Teils der Kapitalisten und Unternehmer im Zuge der sogenannten Arisierung. Zu größeren Solidaritätsaktionen nichtjüdischer Kapitalisten und Unternehmer als Ausdruck eines gemeinsamen Klasseninteresses und gemeinsamer Klassenerfahrungen ist es nicht gekommen, im Gegenteil. Zweifellos wirkten sich die politisch-administrativen Regulierungen, Verbote und Verordnungen der nationalsozialistischen Machthaber als empfindliche Beschneidungen des Entscheidungs- und Handlungsspielraums vieler Unternehmen aus, besonders im Krieg. Die diktatorische Herrschaft drang unregelmäßig und oft willkürlich, aber vielfältig und tief in Gesellschaft und Wirtschaft ein, respektierte deren Eigenlogik sehr häufig nicht. Dennoch hob die Diktatur die für kapitalistisch-unternehmerisches Handeln unabdingbaren Handlungsspielräume und Anreizstrukturen nicht völlig auf – in einer Haltung freiwilliger oder erzwungener Selbst-

⁷ Ich habe versucht, dies am Beispiel der Entstehung der deutschen Arbeiterklasse zu zeigen. Vgl. Jürgen Kocka, *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse*, Bonn 2015, insb. Kap. V und VI.

beschränkung, aus Interesse am ökonomischen Erfolg als Bedingung politischer Machtausübung. Kernbestandteile des kapitalistischen Systems überlebten in der Diktatur. Die ganz überwiegende Mehrheit von Kapitalisten und Unternehmern konnte sich weiterhin an ihren partikularen ökonomischen Interessen orientieren und doch gleichzeitig im Sinn der Diktatur funktionieren. Für viele von ihnen eröffnete das NS-Regime auch neue Handlungsspielräume und Verdienstmöglichkeiten, so als Profiteure der Enteignungen, der Zwangsarbeit und besonderer Beziehungen zum Herrschaftsapparat, beispielsweise in der »kriegswichtigen« Produktion. Zu einer Basis der Resistenz, gar des Widerstands gegen die Diktatur wurden die Unternehmer und Kapitalisten nicht. Das hatten sie allerdings mit den meisten anderen sozialen Gruppen und Institutionen gemeinsam. Diktatur und Kapitalismus erwiesen sich in diesem Fall als bemerkenswert kompatibel, jedenfalls auf Zeit.⁸

III. ORGANISIERTER KAPITALISMUS UND REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE

In der zweiten Hälfte, vor allem im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts erwies sich im westlichen Europa, in Nordamerika und in Japan ein zunehmend organisierter Kapitalismus als besonders kompatibel mit der demokratischen Verfasstheit der Politik. Dies geschah, obwohl oder – besser – weil ein zunehmend ausgebauter Interventions- und Sozialstaat in die kapitalistischen Ökonomien eingriff: regulierend, stabilisierend und bisweilen egalisierend. Es entstand der »keynesianische Wohlfahrtsstaat«⁹ mit einer relativ sozialen und koordinierten Form des Kapitalismus. Gleichzeitig nahmen die Tendenzen zur Selbstorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft zu, blieben die Wahrnehmung wirtschaftlicher Chancen und Aufgaben ebenso wie das Austragen von Verteilungs- und Sozialkonflikten nichtstaatlichen wirtschaftlichen und sozialen Akteuren überlassen, die sich häufig verbandlich organisierten. Ein intensives Geflecht von Interdependenzen zwischen Staat und Markt, zwischen demokratischen Institutionen und kapitalistischer Wirtschaft entstand, das die wirtschaftlichen Akteure vielfach einbettete, regulierte, privilegierte und in die Pflicht nahm. Andererseits öffneten sich die staatlichen Entscheidungsprozesse weit für wirtschaftliche und soziale Einflussnahmen, was als »Neokorporatismus« beschrieben wurde.¹⁰ Punktuell wurden Elemente der Demokratie ins Wirtschaftssystem eingepflanzt – beispielsweise durch gesetzlich vorgeschriebene Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und -nehmern, durch Anerkennung und Mitsprache der Gewerkschaften und durch die rechtlich einklagbare Absicherung von Arbeitnehmerinteressen. Es ist bemerkenswert, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit in mehreren westlichen Ländern im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts leicht abnahm, anders als im 19. Jahrhundert und anders als wieder seit den 1970er-Jahren. Offenbar gelang es mit steuer- und sozialstaatli-

8 Vgl. *Manfred Hildermeier*, Die Sowjetunion 1917–1991, (zuerst) München 1998; *Ulrich Herbert*, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014. – Am Beispiel der DDR: *Charles S. Maier*, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999. – Das Verhältnis von Kapitalismus und Nationalsozialismus bleibt umstritten. Vgl. Die Kontroverse zwischen *Christoph Buchheim*, *Jonas Scherner* und *Peter Hayes* in: *Bulletin of the German Historical Institute* 45, 2009, S. 29–50; vorher: *Christoph Buchheim*, Unternehmen in Deutschland und NS-Regime, 1933–45. Versuch einer Synthese, in: *HZ* Bd. 282, 2006, S. 351–390; *Jonas Scherner*, Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 2008.

9 Kritisch: *Claus Offe*, *Contradictions of the Welfare State*, Cambridge 1984.

10 *Philippe C. Schmitter*, Still the Century of Corporatism?, in: *The Review of Politics* 36, 1974, S. 85–131; *ders.*, Reflections on Where the Theory of Neo-Corporatism Has Gone, in: *Gerhard Lehmbruch/Philippe C. Schmitter* (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, Beverly Hills 1982, S. 259–279.

chen Mitteln, die dem Kapitalismus eingeschriebene Tendenz zu wachsender sozialökonomischer Ungleichheit zu kompensieren.

Zwar blieb die Situation instabil, spannungsreich und umkämpft, die 1960er- und 1970er-Jahre waren in vielen Ländern nicht ohne Grund Jahre des vehementen Protests mit kapitalismuskritischer beziehungsweise antikapitalistischer Stoßrichtung. Aber insgesamt entstand ein System, in dem repräsentative Demokratie und Organisierter Kapitalismus – in der Bundesrepublik sprach man von »sozialer Marktwirtschaft« oder auch vom »rheinischen Kapitalismus« – nicht nur koexistierten, sondern sich gegenseitig stützten und stärkten. Zu den Faktoren, die dies ermöglichten, zählten: das ungewöhnlich rasche Wirtschaftswachstum der ersten Nachkriegsjahrzehnte, die nachwirkenden bitteren Erfahrungen mit kapitalistischen Krisen und politischen Katastrophen der Kriegs- und Zwischenkriegszeit, die sich nicht wiederholen sollten, sowie die weiterhin starke, auf Reformen drängende Kritik – auch seitens der Arbeiterbewegungen – am Kapitalismus im Namen von mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Dies war überdies die Zeit des Kalten Kriegs zwischen West und Ost. Die im Westen aufmerksam registrierte und oft als bedrohlich empfundene Herausforderung durch die Existenz einer starken nichtkapitalistischen Alternative in Form des real existierenden Staatssozialismus sowjetischer Prägung beförderte die Reform- und Konzessionsbereitschaft der Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik.¹¹

IV. DIE LETZTEN JAHRZEHNTE

Zunächst ist in Modifikation der verbreiteten These einer grundlegenden »Neoliberalisierung« des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten¹² zu betonen, dass wesentliche Elemente des soeben beschriebenen Systems in zahlreichen Ländern auch heute weiterhin Bestand haben. Das gilt insbesondere für Deutschland, wo sich der Organisierte Kapitalismus – im Zusammenspiel der Sozialpartner wie von Markt und Politik – beispielsweise im Umgang mit der tiefen Krise des globalen Kapitalismus seit 2008 bemerkenswert gut bewährt hat. Durch die seit den 1980er-Jahren kräftig vorangetriebene Integration Europas wurden überdies Elemente des Organisierten Kapitalismus auf transnationaler Ebene verankert, trotz aller Unvollkommenheit und gegenwärtigen Gefährdung der Europäischen Union. Gleichwohl hat sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts das nie wirklich gelöste Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie erneut verschärft. Wichtige Faktoren, die die Symbiose von Or-

11 Zum Begriff, der auf Rudolf Hilferding zurückgeht: *Jürgen Kocka*, Organisierte Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, S. 19–35. Vgl. auch *Colin Crouch*, *Industrial Relations and European State Tradition*, Oxford 1993; *Martin Höpner*, *Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880–2002*. MPIfG (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung) Discussion Paper 04/10, Köln 2004. – *Peter A. Hall/David Soskice* (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford/New York etc. 2001; *Bruno Amable*, *The Diversity of Modern Capitalism*, Oxford/New York etc. 2003; *Werner Abelshauser*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, 2., überarb. u. erw. Aufl., München 2011; *Hans Günther Hockerts/Günther Schulz* (Hrsg.), »Der Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer, Paderborn 2016; gute Beschreibung, aber vorschnelle Prognose des Endes des Organisierten Kapitalismus in Deutschland bei *Wolfgang Streeck*, *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford/New York etc. 2009. Für entsprechende Entwicklungen in den USA vgl. *Howard Brick*, *Transcending Capitalism. Visions of a New Society in Modern American Thought*, Ithaca 2006.

12 Einflussreich: *David Harvey*, *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, Zürich 2007.

ganisiertem Kapitalismus und repräsentativer Demokratie im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts beförderten, wurden schwächer oder verschwanden: Das Wirtschaftswachstum verlor seit den 1970er-Jahren in Europa an Schwung, die Systemauseinandersetzung des Kalten Kriegs ging zu Ende, die Erinnerung an die Katastrophen der ersten Jahrhunderthälfte verblasste. Überdies haben tief greifende Prozesse – insbesondere Deregulierung, Finanzialisierung und Globalisierung – nicht nur die Dynamik des kapitalistischen Systems und seine Instabilität erneut befördert, sondern auch die Spannungen zwischen Kapitalismus und Demokratie erheblich verstärkt.¹³

Seit den späten 1970er-Jahren kam es in den Ländern der OECD – ausgehend vom anglo-amerikanischen Bereich – zu massiven Deregulierungs- und Privatisierungsschüben wie zu einem gewissen Rückbau sozialstaatlicher Leistungen, auch wenn dieser Rückbau in Deutschland, Österreich, Frankreich und anderen Ländern des europäischen Kontinents sehr moderat blieb. Neoliberale Theorien in der Nachfolge Friedrich August von Hayeks und Milton Friedmans gewannen in Wissenschaft und Publizistik an Boden. Sie schätzten die Selbstregulierungskräfte des Marktes als hoch, die Interventionsmöglichkeiten des Staats als schwach oder schädlich ein. Die Stimmung schlug um: weg von Organisation und Solidarität als Leitwerten, hin zum Lob der Vielfalt und Individualität. Das anglo-amerikanische Modell des relativ marktradikalen Kapitalismus schien den verschiedenen Varianten des stärker koordinierten Kapitalismus kontinentaler Prägung den Rang abzulaufen. Zu den Ursachen dieser *Trendwende* gehörten zweifellos Schwächen des bis dahin dominierenden keynesianischen Wohlfahrtsstaats – man denke an die »Stagflation« der 1970er-Jahre –, vor allem aber technisch-organisatorische Innovationen im beginnenden IT-Zeitalter sowie die sich verschärfende grenzüberschreitende Konkurrenz und die intensivierte weltweite Verflechtung im Zuge der rasch voranschreitenden Globalisierung.

Finanzkapitalismus – als Inbegriff der Geschäfte, die nicht mit der Produktion und dem Tausch von Gütern, sondern vor allem mit Geld gemacht und von Wechslern, Maklern, Banken, Börsen, Investoren und anderen Akteuren der Kapitalmärkte betrieben werden – ist nicht neu, sondern war bereits im frühneuzeitlichen Europa voll ausgebildet. Aber als Folge von Globalisierung, digitaler Revolution, finanz- und währungspolitischer Deregulierung sowie partieller Deindustrialisierung in einigen westlichen Ländern kam es seit den 1970er-Jahren zu einer exorbitanten Ausweitung des Finanzsektors, vor allem in England und in den USA. Dort stieg sein Anteil am Gesamtprodukt von den 1950er-Jahren bis 2008 von 2 auf 9% beziehungsweise 8%. *Investment banks*, Investitions- und Hedgefonds sowie neuartige Kapitalbeteiligungsunternehmen entstanden in großer Zahl. Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr schwoll immens an, von 4% des weltweiten Gesamtprodukts in den 1980er-Jahren auf 20% im Jahr 2007. Multinationale Unternehmen florierten. Es stieg die Erwartung auf höchste Gewinne wie auch die Bereitschaft zum großen Risiko. Zunehmend dereguliert und sich selbst überlassen, mit neuen beschleunigenden Technologien und immer komplexeren Instrumenten ausgestattet, getrieben von harter Konkurrenz untereinander, erwies sich dieser Teil der kapitalistischen Wirtschaft als unfähig zur Entwicklung stabiler, allgemein verträglicher Geschäftsführungsregeln, wie sich in der »Großen Rezession« seit 2008 dramatisch zeigte.¹⁴

13 Zum Folgenden ausführlicher und mit Nachweisen: *Kocka*, Geschichte des Kapitalismus, S. 77–123; überarbeitet als *Jürgen Kocka*, Capitalism. A Short History, Princeton/Woodstock 2016, S. 95–161.

14 Vgl. vor allem *Harold James*, Finance Capitalism, in: *Jürgen Kocka/Marcel van der Linden* (Hrsg.), Capitalism. The Reemergence of a Historical Concept, London 2016, S. 133–163, insb. S. 153–159. Sehr gut: *Paul Windolf* (Hrsg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005. Als Analyse der Krise von 2008 und ihrer Ursachen vgl. *Ivan T. Berend*, Europe in Crisis. Bolt from the Blue?, New York/Abingdon 2013.

Was Ralf Dahrendorf als Übergang vom Spar- zum Pumpkapitalismus bezeichnet hat, also die enorme Zunahme der Verschuldung der Banken (deren Eigenkapital oft nur noch wenige Prozent des Kreditvolumens ausmacht), der privaten Haushalte zum Beispiel in den USA und der meisten Staaten resultierte aus den unterschiedlichsten Gründen, doch die Dynamik des hypertroph expandierenden Finanzkapitalismus hatte großen Anteil daran. Die exorbitant zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte aber machte die Regierungen vieler so verfallender Staaten abhängiger vom nationalen oder internationalen Kapitalmarkt und damit – in zentralen Fragen – weniger steuerbar durch demokratische Präferenzen und Entscheidungsprozesse in ihrem Innern. Das bedeutete eine Schwächung der Demokratie aufgrund zunehmender Verschuldung.

»Das Finanzkapital ist auf den Fahrersitz gesetzt worden«, schrieb der Investor George Soros 1998. Das hatte auch Auswirkungen auf die Machtverhältnisse in den Chefetagen der großen Produktions-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Der Shareholder-Value wurde zum fast allein regierenden Erfolgsmaßstab, die Unstetigkeit und Kurzatmigkeit der wirtschaftlichen Prozesse nahmen zu. Damit bröckelten aber zentrale Elemente der Koordinierung mit nicht marktlichen Mitteln (durch staatliche Interventionen, durch die Organisationsfähigkeit der Verbände oder – beispielsweise in Deutschland – durch das enge, auf Stetigkeit setzende Verhältnis von Banken und Industrie). Zentrale Elemente des Organisierten Kapitalismus wurden damit geschwächt. Der meist hochgradig spekulative Investorenkapitalismus löste, wenngleich nur in einigen Bereichen, den älteren Managerkapitalismus und den noch älteren Eigentümerkapitalismus ab, die im Übrigen weiterhin koexistieren und sich kräftig überlappen.¹⁵

Sicherlich, der weitgehend deregulierte und global verflochtene Finanzkapitalismus ist weiterhin nur ein kleiner Teil des kapitalistischen Gesamtsystems weltweit. Auch deuten sich gewisse Korrekturen durch Re-Regulierung in Reaktion auf die Krise der Jahre seit 2008 an. Doch über die genannten Prozesse der »Finanzialisierung« wirkt der Finanzkapitalismus in die verschiedensten Wirtschafts- und Sozialbereiche hinein. Er ist eine Triebkraft der in unseren Gesellschaften seit den 1970er-Jahren wieder zunehmenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, die von den astronomisch hohen Einkommen der Spitzenverdiener unter den wirtschaftlichen Akteuren spektakulär vorgeführt wird. Der immer marktradikalere, immer beweglichere, immer kurzatmigere Kapitalismus ist wohl auch die wichtigste Triebkraft hinter der beobachtbaren Umstrukturierung der Arbeitsmärkte, auf denen kurzzeitige, befristete und partielle Beschäftigungsverhältnisse an Verbreitung gewonnen haben. Kapitalistische Prinzipien drängen sich in viele Lebensbereiche auch außerhalb der Wirtschaft hinein, in den Sport, in die Wissenschaft, in die Unterhaltung. Die Kritik an dieser kapitalistischen »Landnahme« wird stärker.¹⁶

Deregulierung und Finanzialisierung sind, das wird deutlich geworden sein, mit der beschleunigten Globalisierung seit den 1970er-Jahren – verstanden als Zunahme grenzüberschreitender Strategien, Interdependenzen und Verflechtung – aufs Engste verbunden. Die Globalisierung setzt das Modell des Organisierten Kapitalismus unter erheblichen Druck, war dieses doch – trotz gewisser Ansätze zur Transnationalisierung (beispielsweise in der Europäischen Union), die in jüngster Zeit überdies rückläufig sind – durchweg

15 Ralf Dahrendorf, Nach der Krise. Zurück zur Protestantischen Ethik?, in: Merkur 63, 2009, S. 373–381; George Soros, The Crisis of Global Capitalism, New York 1998, S. XII und XX; Jürgen Kocka, Eigentümer – Manager – Investoren. Unternehmer im Wandel des Kapitalismus, in: Maurer, Handbuch der Wirtschaftssoziologie, S. 551–570.

16 Vgl. Michael J. Sandel, Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, Berlin 2012. Jüngste Veränderungen des Arbeitsmarkts und der (globalen) Arbeiterfrage bei: Jürgen Kocka, Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute, in: APuZ 65, 2015, H. 35–37, S. 10–17, insb. S. 15–17.

im nationalstaatlichen Rahmen durchgesetzt worden, nie ohne den Druck starker, zunehmend demokratisch verfasster Nationalstaaten. Die Regulierungsfähigkeit der Nationalstaaten sah sich nun dem scharfen Wind grenzüberschreitender und – damit bald verbunden – zwischenstaatlicher Konkurrenz ausgesetzt. Diese unterlief und untergrub nationalstaatliche Regulierungen, sie trug damit zur Infragestellung von Grundprinzipien des organisierten Kapitalismus bei.

Es bestand immer ein Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie. Dieses hat sich als Folge der geschilderten Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten verschärft. Drei Bereiche seien genannt, die dies belegen:

(a) Die Einkommens- und Vermögensungleichheit hat zugenommen. Ihr gegenwärtiges Ausmaß ist schwer vereinbar mit demokratischen Fairness- und Gerechtigkeitsforderungen, die nicht nur unter kommentierenden Intellektuellen, sondern auch in der breiten Bevölkerung heute viel wirksamer sind als in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten. Politikwissenschaftler stellen fest, dass wachsende sozialökonomische Ungleichheit zum Rückgang der Wahlbeteiligung beiträgt. Dieser Rückgang findet besonders in den ärmeren Schichten und marginalen Milieus der Bevölkerung statt, dadurch wird die soziale Selektivität politischer Partizipation verstärkt und demokratische Praxis erschwert. Sozialökonomische Ungleichheit übersetzt sich in politische Ungleichheit und partielle Exklusion. Die Erfahrung ausgeprägter sozialökonomischer Ungleichheit und die Unzufriedenheit damit scheinen überdies zum vielerorts beobachtbaren Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen beizutragen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie den ausgeprägten Willen zu demokratischer Teilhabe häufig mit undemokratischen Inhalten und Formen verbinden. Doch bedarf dieser Zusammenhang weiterer Untersuchung, Rechtspopulismus speist sich auch aus anderen Quellen.¹⁷

(b) In den zurückliegenden Krisen und Krisenbewältigungsversuchen haben sich deutliche Grenzen der parlamentarischen Entscheidungs- und Kontrollfähigkeit gezeigt. Wichtige, das Gemeinwesen als Ganzes bindende und seine Zukunft tief beeinflussende Entscheidungen, zum Beispiel über die Verteidigung des Euro in der Krise und die dazu von einigen Staaten übernommenen Schulden und Bürgschaften, sind in oder von Gremien gefällt worden – Ministerzirkeln, Expertengruppen, Zentralbanken –, deren demokratische Legitimität dünn ist oder fehlt. Dies steht in Spannung zu demokratischen Prinzipien. Doch könnte dies mit der Transnationalisierung der Politik und der Komplexität der zu behandelnden Materien enger zusammenhängen als mit dem Kapitalismus. Auch ist das Ausmaß dieser Auslagerung von Entscheidungsmaterien in parlamentarisch-demokratisch kaum verantwortliche Bereiche umstritten, manches Stück Empirie steht ihr entgegen.¹⁸

(c) Gesellschaftlich besonders wichtige Teile des Kapitalismus, vor allem des Finanzkapitalismus, funktionieren mittlerweile grenzüberschreitend, mit Tendenz zur globalen Erstreckung. Die Globalisierung des Kapitalismus wurde aber nicht vom parallelen Aufbau starker staatlicher Strukturen mit transnationaler Erstreckung oder gar globaler Reich-

17 Vgl. *Armin Schäfer*, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2014; *Bernhard Weßels*, Politische Ungleichheit beim Wählen, in: *Merkel*, Demokratie und Krise, S. 67–91; *Kocka/Merkel*, Kapitalismus und Demokratie, S. 322–331; *Colin Crouch*, Neue Formen der Partizipation. Zivilgesellschaft, Rechtspopulismus und Postdemokratie, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29, 2016, H. 3, S. 143–153; *Thomas Piketty*, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014 (zuerst frz. 2013); sehr gut und weiterführend: *Anthony B. Atkinson*, Inequality. What Can Be Done?, Cambridge/London 2015; aber auch: *Harry G. Frankfurt*, Ungleichheit. Warum wir nicht alle gleich viel haben müssen, Frankfurt am Main 2015.

18 Der Bundestagspräsident betont den Machtzuwachs des Parlaments in den letzten Jahren. Vgl. *Norbert Lammert*, Gut gerüstet, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.10.2015.

weite begleitet, die ihm zähmend und regulierend Paroli bieten könnten. Dies trug zur De-regulierung kapitalistischer Strukturen und Prozesse bei. Die Balance zwischen Markt und Staat verschob sich zuungunsten des Staats, und das heißt im Fall großer Teile des Westens: zuungunsten der Demokratie. Dies ist ein drängendes und ungelöstes Problem.¹⁹

V. FAZIT

Es ist nicht zu übersehen²⁰, dass sich die Logiken von Kapitalismus und Demokratie grundsätzlich unterscheiden und in Spannung zueinander stehen. Kapitalismus und Demokratie besitzen unterschiedliche Legitimationsgrundlagen: ungleich verteilte Eigentumsrechte der eine, gleiche Staatsbürgerrechte die andere. In ihnen dominieren unterschiedliche Verfahren: der profitorientierte Tausch im Kapitalismus, Debatte und Mehrheitsentscheidung in der demokratischen Politik. Die egoistische Wahrnehmung partikularer Vorteile ist für kapitalistisches Handeln das eindeutige Ziel, auch wenn mit Adam Smith beansprucht werden kann, dadurch indirekt dem allgemeinen Nutzen zu dienen. Die Verwirklichung des allgemeinen Wohls ist dagegen das Ziel demokratischer Politik, auch wenn klar ist, dass sich dessen Inhalt erst in diesem Prozess »a posteriori« (Ernst Fraenkel) herausbildet und die Wahrnehmung partikularer Interessen im Rahmen des demokratischen Entscheidungsprozesses legitim, ja dessen Voraussetzung ist. Entscheidungen und ihre Implementierung führen im Kapitalismus, falls nicht gegengesteuert wird, zu einem Ausmaß an wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit (an Einkommen, Vermögen, Macht und Lebenschancen), das nach den an gleichen Rechten, Chancen und Pflichten orientierten Grundsätzen der Demokratie – oberhalb einer gewissen, nicht ein für alle Mal bestimm- baren, vielmehr auszuhandelnden Grenze – schwer akzeptabel und unerträglich erscheint. Dies umso mehr, als die tatsächliche Wahrnehmung demokratischer Rechte und Pflichten von verfügbaren ökonomischen und sozialen Ressourcen abhängig ist, und häufig geballte ökonomische Ressourcen in politische Macht transformiert werden können. Umgekehrt ist die volle Anwendung demokratischer Entscheidungsregeln – allgemeine und gleiche Partizipationsrechte, Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz – mit den Regeln des Kapitalismus unvereinbar. Kapitalismus ist nicht demokratisch, Demokratie nicht kapitalistisch.

Doch dies ist nur eine Seite, zwei andere müssen mitbedacht werden. *Zum einen* ist es ein fundamentaler Grundsatz freiheitlicher Demokratie, dass die Reichweite politischer Entscheidungen – auch *demokratischer* politischer Entscheidungen – begrenzt wird: durch die Sicherung von Grundrechten, zu denen seit John Locke und der Aufklärung auch das Eigentumsrecht gehört; durch Verfassung und Rechtsstaatlichkeit; durch die Anerkennung des Prinzips, dass demokratische Entscheidungsregeln zwar für das politische System zentral sind, aber andere gesellschaftliche Teilsysteme – wie Religion, Kunst, Wissenschaft und eben auch Wirtschaft – jedenfalls teilweise nach anderen Regeln funktionie-

19 In diesem Kontext wird klar, warum Wolfgang Streecks Vorschlag, die Zähmung des Kapitalismus wieder im nationalstaatlichen Rahmen statt auf europäischer Ebene zu versuchen, weder sinnlos ist noch eine Lösung bedeuten kann. Vgl. die lebhafte Diskussion über sein Buch »Gekaufte Zeit«, unter anderem *Wolfgang Streeck, Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus. Eine Replik auf Jürgen Habermas*, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 2013, H. 9, S. 75–92. – Die Brexit-Entscheidung der Briten ist das letzte der keineswegs seltenen Beispiele dafür, dass demokratische Entscheidungen auch gegen das geballte Engagement der (fast) völlig einigen Kapitalinteressen den Sieg davontragen können. Sie fand aber bezeichnenderweise in einem nationalstaatlichen Rahmen, nicht in transnationaler Erstreckung statt.

20 Die folgende Konklusion teilweise bereits bei *Kocka, Geschichte des Kapitalismus*, S. 113, so wie bei *Kocka/Merkel, Kapitalismus und Demokratie*, S. 313f.

ren, wenngleich im Rahmen der politisch gesetzten und demokratisch veränderbaren Verfassung.²¹ Freiheitliche Verfassungsordnungen begründen seit dem 18. Jahrhundert die sich gegenseitig begrenzende Eigenständigkeit von Wirtschaft und Politik, auch von kapitalistischer Wirtschaft und demokratischer Politik. Sie binden die Ausübung der politischen Macht zunächst an rechtsstaatliche, seit dem 19. Jahrhundert an demokratische Grundlagen, und gerade nicht an ökonomische Ressourcen. Gleichzeitig sichern sie das Recht auf Eigentum und aus ihm folgende Verfügungsrechte als Grundrechte ab und entziehen somit einen Kernbestand wirtschaftlicher Handlungsmacht dem Zugriff auch der demokratischen politisch-staatlichen Macht. Diese – bei aller tatsächlichen und wünschenswerten Verflechtung der Sphären – grundlegende Ausdifferenzierung der Teilsysteme Wirtschaft und Politik ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung wirtschaftlicher Effektivität und Innovativität und damit der wirtschaftlichen Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber allen bisher beobachtbaren Alternativen. Sondern diese Ausdifferenzierung stellt auch ein fundamentales Stück Macht- und Gewaltenteilung dar und damit einen wichtigen Beitrag zur Absicherung von Freiheit und Demokratie. Sie gehört zur Definition freiheitlicher Demokratie. Nur in derart ausdifferenzierten Gesamtsystemen sind kapitalistische Wirtschaft und demokratische Politik kompatibel. Sie wären es nicht, wenn die kapitalistische Wirtschaft ihre Logik der Politik (und anderen Lebensbereichen) oder die demokratische Politik ihre Regeln der Wirtschaft und anderen Lebensbereichen aufzwingen könnte.

Wenn allerdings die Verteilung und der Gebrauch von Eigentumsrechten zur Kumulation von Vermögensressourcen in einer Größenordnung führen, die es erlaubt, die Politik in ihrer eigenen politischen Sphäre in kapitalistische Schranken zu weisen und damit als demokratische auszuhebeln, oder aber, wenn demokratische Entscheidungen zu einer Einschränkung der Eigentumsrechte führen, kommt es zum Konflikt. In der Abwägung gilt generell, Eigentums- und Kapitalverfügungsrechte dann einzuschränken, wenn sie die demokratischen Entscheidungsregeln der politischen Sphäre überlagern und verformen. Demokratische Rechte können dann in der Legitimationshierarchie eine normative Superiorität beanspruchen, ohne jedoch dazu legitimiert zu sein, den Kernbestand jener grundrechtlich verbürgten eigentumsbasierten Verfügungsrechte auszuhebeln. Der verfassungsmäßige Spielraum zur Aushandlung von Kompromissen zwischen diesen Prinzipien ist nicht unbegrenzt, aber groß.

Zum anderen ist auf gewisse Affinitäten und Interdependenzen zwischen Kapitalismus und Demokratie zu verweisen. In beiden spielen Wettbewerb und Wahlentscheidungen, spielen Abwägen und Aushandeln eine wichtige Rolle – Aspekte der praktizierten Freiheit und Verständigung von Individuen. Kapitalismus und Demokratie haben gemeinsame Feinde: unkontrollierbare Zusammenballung von Macht, Regellosigkeit und Unberechenbarkeit, Korruption und letztlich auch – trotz der kriegsvorbereitenden Rolle der Rüstungsindustrien und ihrer Profitinteressen – Gewalt und Krieg. Schließlich können sich Kapitalismus und Demokratie wechselseitig stützen. Denn einerseits tut sich nachhaltiger Kapitalismus schwer ohne eine im Grundsatz berechenbare staatliche Ordnung, die auf Dauer am ehesten demokratisch gewährleistet werden kann. Andererseits gilt, dass nachhaltiges Wachstum, das politische Ordnungen und eben auch demokratische Institutionen erfahrungsgemäß legitimiert und stärkt, am ehesten – trotz seiner Konjunkturen und Krisen – vom Kapitalismus hervorgebracht wird. In all diesen Hinsichten sind Kapitalismus und Demokratie nicht nur gegnerische Pole in einem Spannungsverhältnis, sondern auch Alliierte.

21 Vgl. *Michael Walzer*, *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*, New York 1983; *Niklas Luhmann*, *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt am Main 1984.

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Kapitalismus auch in Weltregionen hinein ausgeweitet, die ihm lange verschlossen waren. Kapitalistische Formen des Wirtschaftens haben beispielsweise in Süd- und Südostasien, in China, seit den frühen 1990er-Jahren auch in großen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und im ehemals sowjetisch beherrschten Teil Europas Fuß gefasst. Der Kapitalismus erwies erneut seine grenzüberschreitende Expansionsenergie, die bereits Marx und Engels im »Kommunistischen Manifest« voraussahen. Damit bestätigte sich aber auch in eklatanter Weise, was schon die Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts zeigte: Der Kapitalismus kann zwar nicht in allen politischen Systemen – etwa nicht in kommunistischen – existieren, aber doch unter sehr unterschiedlichen politischen Regimen – nicht nur in den westlichen Ländern; nicht nur in Taiwan und Korea, wo sich die Erfolge von Kapitalismus und Demokratie schließlich gegenseitig verstärkt haben; nicht nur in autoritär gelenkten Staaten wie Singapur, das sich als besonders kapitalismusfreundlich erweist; sondern auch in Diktaturen, wenn diese wie die chinesische bereit sind, gewisse kapitalistische Grunderfordernisse zu gewährleisten. Zu diesen gehören die Möglichkeit von Märkten, ein Minimum an Berechenbarkeit staatlicher Aktionen, die Akzeptanz von ausgeprägter Ungleichheit sowie ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Anerkennung und politischem Einfluss für Kapitalisten, Unternehmer und Manager.

Ob und wie lange eine Diktatur in der Lage ist, diese Konzessionen aufgrund ihres Interesses an wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstandsvermehrung, Massenloyalitätserhalt und Machtzuwachs einzuräumen, ohne sich als Diktatur schrittweise aufzuheben, ist eine zentrale Frage, die auch im chinesischen Fall noch nicht beantwortet ist. Die modernisierungstheoretisch begründete Hoffnung, dass moderner Kapitalismus, offene Gesellschaft und irgendeine Form von Demokratie letztlich aufeinander angewiesen sind und deshalb langfristig nur gemeinsam florieren können, wird durch die jüngsten historischen Erfahrungen jedoch nicht genährt.²²

Historisch und systematisch erweist sich die Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie als nicht voll determiniert, als polyvalent und variabel. Es gibt weder eine Garantie dafür, dass Kapitalismus Demokratie begünstigt und stärkt. Noch überwältigt, beschädigt oder zerstört er sie mit Notwendigkeit. Er kann beides, und beides findet häufig gleichzeitig statt. Welche dieser beiden Wirkungen dominant ist, entscheidet nicht der Kapitalismus per se, sondern die Art, in der er eingebettet, gestaltet und genutzt wird. Kapitalismus determiniert die Ziele, denen er dient, nicht völlig. Es gab und gibt viele Kapitalismen und unterschiedliche Formen beziehungsweise Realisierungsgrade von Demokratie. Viel hängt von Politik, Zivilgesellschaft und Kultur, von den Entscheidungen und der Energie der jeweiligen Gemeinwesen und ihrer Zusammenarbeit ab. Die Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus ist nicht garantiert, aber sie ist möglich, gestaltbar und keineswegs selten.

22 Vgl. Tobias ten Brink, *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*, Frankfurt am Main/New York 2013.